

# Calmer Tagblatt

Nr. 302.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigepreis: Die kleinste Zeile 25 Bg. Halbes Blatt 50 Bg. — Schluss der Anzeigennahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Dienstag, den 30. Dezember 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Tragelohn Mk. 4.50 vierteljährlich, Postbezugspreis Mk. 6.10 mit Bestellgeld und Zuschlag.

## Zur äußeren Lage. Vom obersten Rat.

Paris, 29. Dez. Der Oberste Rat trat heute Morgen unter dem Vorsitz von Jules Cambon zusammen. Er beschloß, den General Nessel zu der Art und Weise zu beglückwünschen, mit der er seine Aufgabe, die Räumung der baltischen Provinzen, die nahezu bewerkstelligt ist, vorzunehmen, ausführte. — Er nahm einen Bericht über die diplomatische Lage der deutschen Agenten von Caracas und Stockholm entgegen. Es handelte sich darum, zu bestimmen, unter welchen Bedingungen die alliierten Vertreter ihre Beziehungen zu den deutschen Diplomaten wieder aufnehmen können. Es wurde beschlossen, daß die alliierten Vertreter keine Beziehungen zu dem deutschen Agenten von Caracas haben werden, dessen Beglaubigungsschreiben von der gegenwärtigen Berliner Regierung nicht erneuert würde. Andererseits wurde beschlossen, daß der Altersrang des deutschen Gesandten in Stockholm vom Tage seiner Ankunft an zu laufen beginnen soll.

## Die Verteilung der deutschen Kolonien.

(W.B.) Paris, 28. Dez. (Ag. Havas.) Der Oberste Rat prüfte u. a. das Projekt bezüglich der ehemaligen deutschen Kolonien in Afrika und im Stillen Ozean und beschloß, über die Gebiete in Deutsch-Afrika, daß sie zum Teil an Großbritannien, zum Teil an Belgien abgetreten werden sollen und daß sie nach dem Regime des Völkerbundes zu verwalten sind. Der Vorschlag, daß die übrigen ehemaligen deutschen Kolonien entsprechend den Einrichtungen der Mandatarstaaten verpackt werden müssen, fand nur die Zustimmung von 3 Delegierten. Die japanische Delegation behielt sich ihre Zustimmung vor.

## Luxemburg wird eingestakt.

Brüssel, 29. Dez. Der „Coir“ meldet, der belgische Gesandte in Paris sei beauftragt worden, seine Verhandlungen mit der französischen Regierung, um zu einer französisch-belgischen Entente zu gelangen, nicht auf die militärischen Fragen zu beschränken. Er solle sich vielmehr auf die Regelung der luxemburgischen Frage wenden, denn sie sei für Belgien auf das engste mit der Frage eines Konföderationsbündnisses verknüpft.

## Ein belgischer Minister über die Politik der Alliierten.

Amsterdam, 29. Dez. Camille Huissmans erklärte in einem Artikel über die internationale Lage, daß, wenn die Demokratien des Westens weiterhin ihren Regierungen erlauben, ihre blinde Politik des krasen Egoismus fortzusetzen, Europa zu Grunde gerichtet werde. In England, von wo er gerade herkomme, seien selbst die heftigsten Gegner Lloyd Georges davon überzeugt, daß Frankreich schuld daran sei, daß der Friedensvertrag noch nicht ratifiziert ist. Wenige Diplomaten und Staatsmänner der alliierten und assoziierten Mächte, die den Völkerbund unterzeichnet haben, hätten wirkliches Vertrauen in die Kraft der darin festgelegten Grundzüge. Die Einflußreichsten und vielleicht Loyalisten unter den Militärs und Politikern bei den Alliierten treiben öffentlich Spott mit dem Völkerbund.

## Die französische Finanzpolitik.

(W.B.) Paris, 30. Dez. In der gestrigen Sitzung der Kammer brachte Finanzminister Klotz das Anleiheprojekt ein. Der Minister legte die Gründe dar, die eine Umgestaltung der Finanzpolitik nötig machten. Die Ausgaben während des Krieges beliefen sich auf 220 Milliarden. 6 Prozent der bewilligten Ausgaben wurden nicht aufgebracht. Die Regierung wollte die neuen Steuern nicht vor der Befreiung des Landes einbringen. Die Einkommen konnten noch nicht richtig zur Besteuerung erfaßt werden. Aus den Einkommensteuern sollen 1480 Millionen und aus den Konsumentensteuern 1512 Millionen aufgebracht werden. Die Einnahmen pro 1919 werden auf 11 Milliarden beziffert, von denen 75 Prozent durch Steuern aufzubringen sind. Klotz drückte sein Vertrauen in das Volk aus, daß es die Schwierigkeiten besiegen werde. Die verschiedenen Einnahmequellen haben 194 Milliarden der Ausgaben gedeckt. Gegenwärtig sei eine dreifache Krise durchzumachen, auf finanziellem und auf wirtschaftlichem Gebiet und in der Finanzverwaltung. Das Budget werde gegenüber denjenigen vor dem Krieg drei- bis vierfache Zahlen aufweisen. Die Kriegsgewinne müßten besonders herangezogen werden. Was Deutschland betreffe, so müsse es alle eingegangenen Verpflichtungen strikte einhalten. Frankreich sei der Bankier des besiegten Feindes geworden, indem es Deutschland 25 Mil-

liarden (!) vorgehoffen habe. Um die schwelende Schuld zu verringern, müsse der Papiergeldumlauf eingedämmt werden. Die Ausfuhr müsse mit der Einfuhr ins Gleichgewicht gebracht werden. — Thomas verlangte Aufschluß über die Verhandlungen bezüglich der interalliierten Solidarität. Ein sozialistischer Antrag, der gegen die Befreiung von jeder Besteuerung der Rente gerichtet ist, wurde mit 480 gegen 71 Stimmen abgelehnt. Ein Zusatzantrag von Thomas wurde abgelehnt. Schließlich wurde mit 491 gegen 64 Stimmen das gesamte Anleiheprojekt angenommen. Die Sitzung wurde um Mitternacht aufgehoben.

## Ein polnisches Bündnis mit England und Frankreich.

Paris, 28. Dez. Der polnische Minister für auswärtige Angelegenheiten Potek sagte einem Redakteur des „Matin“, er gehe nach Paris und London, um den Plan einer engeren Zusammenarbeit der Alliierten mit Polen zu besprechen. Der Augenblick werde bald kommen, wo man von einem politischen Bündnis mit Frankreich und England sprechen könnte. Man habe in London beschlossen, mit den Bolschewisten keinen Frieden zu schließen. Diese passive Politik schließe natürlich eine aktive Politik der Bolschewisten nicht aus.

## Die englisch-bolschewistischen Verhandlungen.

Helsingfors, 28. Dez. Nachrichten aus Reval besagen, daß die Sowjetabordnung den Vorschlag angenommen hat, wonach auf der Konferenz von Dorpat nicht der Frieden, sondern nur ein lebendiger Waffenstillstand geschlossen werden soll, der fortlaufend verlängert wird, bis eine Einigung erfolgt.

## Italiens Strauchrüderpolitik.

Paris, 28. Dez. „L'clair“ beschäftigt sich eingehend mit dem vom französischen Minister für auswärtige Angelegenheiten herausgegebenen Gelbbuch. Das Blatt behauptet, das Gelbbuch beweise, daß schon 1902 Italien die Verpflichtung übernommen habe, sich an keinem Angriff gegen Frankreich zu beteiligen. Das Blatt veröffentlicht Berichte des Vorkämpfers Barère, des Viscomte Venosa und des Außenministers Pretori, namentlich über die Unterhandlungen, die sich zum Teil auf die Erneuerung des Dreibundes beziehen.

## Arabishe Unruhen in Syrien.

London, 29. Dez. Der „Times“-Korrespondent in Kairo berichtet, daß ein vom 23. 12. datiertes Telegramm aus Damaskus ein blutiges Zusammentreffen von arabischen Freiwilligen und französischen Truppen bei Dabek in Syrien bekräftige.

## Ausland.

### Nach der Aushungerung die „christliche Nächstenliebe.“

(W.B.) Amsterdam, 28. Dez. Das Pressebureau Radio meldet aus Carnarvon, daß im englischen Oberhaus über die Lebensmittelnot in Oesterreich verhandelt wurde. Curzon erklärte, man sehe in Mitteleuropa einem wirtschaftlichen Chaos gegenüber. In Wien sei die Lage ernst und traurig, die Sterblichkeit unter den Kindern furchtbar. Curzon forderte die Maßnahmen, die von den Alliierten getroffen wurden, um die Not Oesterreichs zu lindern und sagte, die kritischste Periode werde zwischen Winterende und der nächsten Ernte kommen. Ohne die Vereinigten Staaten sei jedoch die Gewährung eines Kredits auf breiter Grundlage nicht möglich. Der Erzbischof von Canterbury sagte, die christlichen Körperschaften Europas würden am nächsten Sonntag Sammlungen zugunsten des Kriegswertes für Mitteleuropa vornehmen.

### Auflösung der Disziplin in der belgischen Armee.

(W.B.) Brüssel, 28. Dez. Wie der „L'clair“ mitteilt, soll der liberale Abg. Crick in der Kammer erklärt haben, in der belgischen Armee gebe es kein Kommando mehr und fast keine Disziplin. Das Bild, das er von der Armee entwarf, soll schwarz gemalen sein.

### Ein Arbeitspflichtgesetz in Bulgarien.

Berlin, 31. Dez. Laut „Berliner Lokalanzeiger“ meldet die „Frankfurter Zeitung“, daß in der bulgarischen Sobranje ein Gesetzentwurf eingereicht wurde, der bei der Jugend beiderlei Geschlechts die Pflicht auf unentgeltliche Arbeit zu Gunsten des Staats für die Zeitdauer von sechs Monaten bis zu zwei Jahren vorzieht. Zu diesem Zweck finden Aushebungen statt wie früher für das Heer. Wer sich der Bestellung entzieht, wird wie ein Defecteur behandelt.

## Die internationale Valutanot.

Von dem Valutaeseld werden, wie von uns schon öfters berichtet wurde, auch die Ententeländer heimgeschickt. Ein englisches Pfund Sterling (vor dem Krieg 4,86 Dollar wert) wird heute nur mehr mit 3,68 Dollar bezahlt; der Kurs ist also etwa um 25 Prozent gefallen. Der französische Franke, der vor dem Krieg mit dem Schweizer Franken gleichwertig war (also 100 Centimes galt) gilt in der Schweiz nur mehr 43 Centimes und der italienische Lire, früher ebenfalls gleich hoch wie der Schweizer Franke, wird nur mit 36 Centimes bezahlt. Während die deutsche Mark in der Schweiz mit 10 bis 12 Centimes bewertet wird, notiert sie an der Pariser Börse noch mit 22 1/2 Centimes.

## Das Alkoholverbot und seine Folgen.

Das Alkoholverbot in den Vereinigten Staaten hatte zur Folge, daß der Verbrauch von giftigen narkotischen Drogen rasch überhand nimmt. Opium, Morphium, Heroin und andere Betäubungsmittel werden trotz strengster Strafbrohungen in ungeheuren Mengen vertilgt. Bei dem ungesetzlichen Handel wird gewaltig Geld verdient, da die höchsten Preise dafür bezahlt werden.

## Deutschland.

### Zur inneren Lage Deutschlands.

Berlin, 29. Dez. Ein Vertreter des „Allgemeinen Handelsblat“ in Amsterdam hat, wie der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ berichtet wird, über Deutschlands Wirtschaftsnote eine Unterredung mit Dr. Hecker von der deutschen Gesandtschaft gehabt. Dieser lehrte jedoch aus Deutschland nach Haag zurück und sprach die Befürchtung aus, daß Deutschland bezüglich der Nahrungsmittelversorgung einem ähnlichen Schicksal entgegengehe wie Oesterreich, falls nicht besondere Maßnahmen getroffen würden. Die Arbeitsfreudigkeit sei in Deutschland zurückgekehrt, obwohl die Lebensverhältnisse eines großen Teils des Volkes sehr traurige seien. Im Zusammenhang mit der Valuta- und Rohstofffrage müsse eine Lösung gefunden werden. Die deutsche Regierung könne die Ruhe im Lande nur garantieren, falls sie die nötigen Nahrungsmittel zur Verfügung habe. Wer Deutschland helfe, helfe Europa. Deutschland sei nur zu retten, wenn die führenden europäischen Staatsmänner die Atmosphäre der politischen Nachfrage verließen und sich ernst mit der Gefahr beschäftigten, die Deutschland und Europa drohe.

### Deutsche Gesinnung pfälzischer Arbeiter.

(W.B.) Berlin, 30. Dez. Im Bayerischen Landtag wurde den Bergarbeitern der Westpfalz, die nach der Ratifikation des Friedensvertrags zum Saargebiet geschlagen und unter französische Oberhoheit gestellt werden, ein Abschiedsgruß gewidmet und der Wunsch von dem ganzen Hause mit lebhaftem Beifall aufgenommen, daß — was auch kommen möge — die Scheidenden gut-bayerisch und treudeutsch bleiben werden, um nach Ablauf der 15 Jahre geschlossen zum Vaterland zurückzukehren.

### Abmachungen über den Arbeiterschutz im Wiederaufbaubereich.

Berlin, 29. Dez. Im Verlaufe der Verhandlungen, die in dem Bureau des Bauarbeiterverbandes kürzlich stattgefunden haben, ist zwischen den Vertretern des Deutschen Bauarbeiterverbandes und den Vertretern der französischen Organisationen ein Vertrag festgelegt worden, der die Arbeitsbedingungen der deutschen und französischen Bauarbeiter im Wiederaufbaubereich festlegt. Die Hauptpunkte sind: Anerkennung des Rechtes der deutschen Arbeiter, zum Zwecke der Arbeit nach Frankreich zu kommen, unter der Voraussetzung, daß sie hierzu bestimmt sind und den örtlichen Arbeitern keine Konkurrenz machen. Bezahlung der Arbeiter nach den örtlichen Normaltarifen, freie Ausübung des Rechtes der Aussprache und Kontrolle über Fragen der Hygiene, Ernährung, Schlafräume usw., gewerkschaftliche Freiheit und das Recht, jederzeit in die Heimat zurückzukehren, freier unzensurierter Briefwechsel mit der Heimat, sowie Anwendung des Achtstundentages.

### Die Verluste des bayerischen Heeres im Krieg.

Das Statistische Landesamt an München veröffentlicht die genauen Zahlen der Gesamtverluste des bayerischen Heeres bis 31. Juli 1919. Der Verlust von Unteroffizieren und Mannschaften beträgt 640 746 (158 267 tot, 390 504 verwundet, 42 956 vermisst, 49 018 gefangen); Veterinäre und Beamte 78 (50 tot, 28 verwundet); Offiziere 15 094 (4365 tot, 7092 verwundet, 468 vermisst, 1109 gefangen). Insgesamt 654 248 Offiziere, Ärzte, Beamte, Unteroffiziere und Mannschaften.

ommen  
loffer, der über  
umzugehen ver-  
ffigen landwirt-  
eingeführt und  
offe, Stuttgart.  
men  
Bewerbe  
gefertigt  
ttlerei,  
schnell  
und billig.  
Schotter,  
Kand,  
Steine  
ch, Schotter-  
ie, Gilt!  
tolz, Haggaffe.  
abenanzug  
ben, dunkelgrau,  
e neu, um den  
n 150 Mk. zu  
gesehen abends  
araktstraße 24.  
halt, gebrauchter  
wagen  
ge sucht.  
n der Geschäfts-  
nenen, starken  
blitten  
f aus  
Bolz, Mehger,  
verhaugfest.  
s, trockenes  
nholz  
gefertigt werden  
er, Sägewerk  
Hirau.  
sin“  
en  
äuse  
es nehmen!  
Neuen Apotheke.  
fin“  
1.50 —  
ppfläuse  
nehmen!  
en Apotheke  
nete Person  
haben, er-  
eres Blattes  
werden dafür  
Blatt jeweils  
erhalten.  
gblattes.

## Ämtliche Bekanntmachungen. Landwirtschaftskammerwahl.

Aufforderung der Wahlberechtigten zur Anmeldung für die  
Eintragung in die Wählerlisten.  
(§ 8 Abs. 2 der Wahlordnung.)

Am Sonntag den 25. Januar 1920 finden die Wahlen von  
60 Mitgliedern der Landwirtschaftskammer statt. Davon sind  
48 durch die Landwirte einschließlich Forstwirte und selbst-  
ständige Gärtner.

12 durch die landwirtschaftlichen Arbeiter einschließlich  
forstwirtschaftliche und Gärtnereiarbeiter  
im Weg der Verhältniswahl zu wählen, und zwar im  
Wahlbezirk I mit den Oberamtsbezirken Aalen, Beßigheim,  
Bradenheim, Craisheim, Elmangen, Gaildorf, Gerabronn,  
Gmünd, Hall, Heilbronn, Künzelsau, Mergentheim,  
Neckarhalm, Neeresheim, Öhringen, Weinsberg und  
Weßheim: 13 Landwirte und 3 Arbeiter.

Wahlbezirk II mit den Oberamtsbezirken Badnang, Böblingen,  
Cannstatt, Ehlingen, Göppingen, Kirchheim, Leonberg,  
Ludwigsburg, Marbach, Maulbronn, Mürtlingen,  
Schorndorf, Stuttgart Amt, Waiblingen, Waiblingen und  
dem Stadtdirektionsbezirk Stuttgart: 11 Landwirte und  
3 Arbeiter.

Wahlbezirk III mit den Oberamtsbezirken Balingen,  
Calw, Ludwigsburg, Herrenberg, Horb, Münsingen, Nagold,  
Neuenbürg, Oberndorf, Reutlingen, Rottenburg,  
Rottweil, Spaichingen, Sulz, Tübingen, Tuttlingen und  
Ulrich: 12 Landwirte und 3 Arbeiter.

Wahlbezirk IV mit den Oberamtsbezirken Biberach, Hau-  
beuren, Ehingen, Geislingen, Heidenheim, Lauheim,  
Leutkirch, Ravensburg, Riedlingen, Saulgau, Tettnang,  
Ulm, Waldsee und Wangen: 12 Landwirte u. 3 Arbeiter.  
Die Wahlberechtigten werden hiermit aufgefordert, sich bis  
zum 3. Januar 1920 für die Eintragung in die Wähler-

listen beim (Stadtschultheißenamt ihres Wohnorts anzu-  
melden.

Nach Art. 5 und 8 des Landwirtschaftskammergesetzes sind  
ohne Unterschied des Geschlechts berechtigt zur Teilnahme an  
der Wahl:

a)  
der Landwirte, Forstwirte und selbständigen  
Gärtner:

1. Eigentümer, Pächter und Mänter landwirtschaftlich  
oder forstwirtschaftlich oder gärtnerisch benutzter, in  
Württemberg gelegener Grundstücke, die auf diesen Grund-  
stücken die Landwirtschaft oder Forstwirtschaft oder  
Gärtnerei im Hauptberuf ausüben.
2. Eigentümer, Pächter und Mänter, die auf solchen  
Grundstücken die Landwirtschaft usw. im Nebenberuf aus-  
üben, wenn das Grundsteuerkapital der Grundstücke min-  
destens 300 M beträgt und die bewirtschaftete Fläche  
4 Hektar übersteigt.
3. Betriebsleiter (Verwalter), die auf solchen Grundstücken  
die Landwirtschaft usw. im Hauptberuf ausüben, wenn  
das Grundsteuerkapital der bewirtschafteten Grundstücke  
zusammen mindestens 3000 M beträgt.
4. Personen, welche die Voraussetzungen der Nr. 1 und 3  
mindestens 15 Jahre lang erfüllt haben, sofern sie einen  
anderen Beruf als Hauptberuf nicht ergriffen und an  
dem Ort, in dem sie die Landwirtschaft ausüben, den  
Wohnsitz haben.

Die in Nr. 1 bis 4 Bezeichneten sind nach Art. 6 des Gesetzes  
zur Ausübung des Wahlrechts befähigt, wenn sie am Wahltag  
das 20. Lebensjahr vollendet haben und im übrigen im Sinne  
des bürgerlichen Rechts voll geschäftsfähig sind, die deutsche  
Staatsangehörigkeit besitzen und im Genus der bürgerlichen  
Ehrenrechte stehen.

Für Personen, die geisteskrank sind, infolge Entmündigung  
unter Vormundschaft oder wegen geistiger Gebrechen unter

Pflegschaft stehen, sowie für juristische Personen wählen ihre  
gesetzlichen Vertreter oder besondere Bevollmächtigte. Die An-  
meldung der Bezeichneten Personen zur Eintragung in die  
Wählerliste ist Sache der gesetzlichen Vertreter oder der von  
ihnen aufgestellten Bevollmächtigten. Die Aufnahme der nach  
Nr. 1 und 2 wahlberechtigten juristischen Personen, sowie der  
in Nr. 4 bezeichneten Personen in die Wählerliste erfolgt auf  
Anmeldung und nicht auf Antrag. In den Anmel-  
dungen der juristischen Personen sind ihre mit der Stim-  
mabgabe beauftragten gesetzlichen Vertreter oder besonderen Be-  
vollmächtigten zu benennen.

b)  
der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen  
und Gärtnerei-Arbeiter:

Deutsche, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet  
haben, im übrigen voll geschäftsfähig sind, im Genus der  
bürgerlichen Ehrenrechte sich befinden und innerhalb Württem-  
bergs gegen Lohn in einer landwirtschaftlichen oder forstwirt-  
schaftlichen oder gärtnerischen Beschäftigung stehen. Freier  
Unterhalt gilt nicht als Lohn. Es können deshalb Familien-  
angehörige der landwirtschaftlichen usw. Betriebsinhaber und  
anderer unselbständig in der Landwirtschaft usw. beschäftigte  
Personen, denen als Entgelt für die Beschäftigung freier  
Unterhalt gewährt wird, nur in die Wählerliste aufgenommen  
werden, wenn sie neben dem freien Unterhalt einen bestimmten  
Lohn auf Grund eines vertragsmäßigen Anspruchs oder son-  
stiger Vereinbarung beziehen und hiernach der reichsge-  
setzlichen Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherungspflicht  
unterliegen.

Die zur Eintragung in den Wählerlisten sich anmeldenden  
Personen und ihre Vertreter haben sich auf Verlangen über ihre  
Berechtigung zur Ausübung des Wahlrechts auszuweisen.

Calw, den 29. Dezember 1919.

Oberamt:  
Gö s.

## Erhöhung des Druckpapierpreises.

Berlin, 29. Dez. Eine Bekanntmachung des Reichswirtschafts-  
ministeriums vom 23. Dezember 1919 regelt die Preise und die Be-  
wirtschaftung des Druckpapiers. Infolge fortgesetzter steigender Holz-  
preise und dadurch bedingter Verteuerung der Holzstoffe (Holzstoff  
und Kohlenstoff) mußte eine sehr erhebliche Verteuerung des Druck-  
papiers um nahezu 80 M festgesetzt werden. Die in der Reichs-  
stelle für Druckpapier vertretenen Zeitungsverleger haben dieser zu-  
nächst für den Monat Januar getroffenen Vereinbarung zugestimmt  
unter gleichzeitiger Anregung von Maßnahmen zur baldigen Senkung  
der Holzpreise.

## Eine Gehaltsdemonstration des Berliner Beamtenvereins.

Berlin, 29. Dez. Das Kartell Groß-Berlin des  
Deutschen Beamtenbundes, dem die Groß-Berliner Beamten-  
vereine mit einer Mitgliederzahl von rund 80 000 Personen  
angehören, hielt gestern vormittag mehrere von Zehntausen  
besuchte Protestversammlungen, in denen Ver-  
wahrung gegen die einseitige von der Regierung und der  
Nationalversammlung beschlossene Erhöhung der Steuerungs-  
zulagen um nur 50 Prozent gegenüber den von der Organi-  
sation beantragten 150 Prozent eingelegt wurde. Im An-  
schluß an die Versammlungen setzten sich Demonstrationzüge  
in Bewegung, um durch die Linden, die Wilhelmstraße entlang  
nach dem Reichskanzlerhaus und dem Arbeitsministerium sich  
zu begeben und durch Deputationen die in den Versammlungen  
gefaßte Entschliebung überreichen zu lassen. Von der Frei-  
treppe des Reichstagsgebäudes aus wurden dann noch ver-  
schiedene Reden gehalten, worauf sich die Demonstranten in  
aller Ruhe zerstreuten.

## Mehrheitssozialistische Versammlungen in Berlin.

Berlin, 29. Dez. In 20 Versammlungen nahmen gestern  
die Mehrheitssozialisten Groß-Berlins zu der neuen Lebens-  
mittelerhöhung Stellung. In einer Entschliebung gaben  
die Versammelten ihrem Bedauern über die Preiserhöhung  
für Brot und Kartoffeln Ausdruck, versicherten aber gleich-  
zeitig, daß sie die Notwendigkeit der Maßnahme nicht ver-  
kennen und einsehen, und daß uns nur durch emsige Arbeit ein  
Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens möglich sei.

## Unvorsichtigkeit.

Berlin, 30. Dez. Aus Würzburg wird dem „Berliner Lokal-  
anzeiger“ berichtet: Der Landwirt Johann Enders in Eichelsee erschöß  
aus Unvorsichtigkeit seine 22jährige Schwester und verletzte seinen  
12jährigen Bruder erheblich.

## Hochwasser im Neckar und Rhein.

Manheim, 29. Dez. Seit heute früh steigt das Wasser wieder.  
Der Neckar ist seit gestern um 45 cm gestiegen und steht jetzt auf  
8,40 m gegen 7,95 m gestern, und 7,78 m am Samstag. Der  
Rheinpegel zeigt einen Stand von 8,34 m gegen 8,00 m gestern  
und 7,74 m am Samstag. Infolge der im Gebiete des Oberrheins  
und seiner Zuflüsse anhaltenden Niederschläge ist mit einem weiteren  
Steigen des Wassers zu rechnen, wodurch die Lage kritisch wird.

Köln, 29. Dez. Der Rhein zeigt seit heute den höchsten Stand  
seit 25 Jahren. Die tiefer gelegenen Rheinhorte konnten von der  
drohenden Hochwassergefahr nicht rechtzeitig gewarnt werden, da der  
früher übliche Warnungsdienst zu spät einsetzte. Die Bewohner der  
Insel Geisenwerth mußten fluchtartig die Insel verlassen. Einzelne  
Rheindörfer mit Bewohnern sind von jeglichem Verkehr abge-  
schnitten. In den Rheinfestungen Kölns wird der Verkehr mit  
Rähen vermittelt.

## Flücherversuche an der zusammengebrochenen Internationale.

Bern, 29. Dez. Das nationale Komitee der schweizerischen  
sozialistischen Partei wird in der ersten Hälfte des Monats Januar  
zusammentreten zur Besprechung der Möglichkeit, die Sozialisten der  
ganzen Welt zur Wiedererrichtung der Internationale einzuberufen.

Paris, 29. Dez. Ein aus den fortgeschrittensten Elementen  
der unifizierten Sozialisten zusammengesetztes Komitee hat sich zum  
Zweck der Reorganisation der Internationale gebildet. Seine erste

Sitzung fand gestern statt. Man prüfte die Lage, die sich aus dem  
kürzlich deutschen Kongress in Leipzig ergibt, auf dem die unab-  
hängigen Sozialdemokraten erklärten, daß sie sich von der zweiten  
Internationalen zurückzögen, ohne sich jedoch der dritten Internatio-  
nale Lenins anzuschließen. Zahlreiche Redner ergriffen das Wort  
über die nationale und internationale politische Lage im Hinblick  
auf den Straßburger Kongress und auf die nötig werdenden bevor-  
stehenden internationalen Zusammenkünfte. Es wurde insbesondere  
die Frage behandelt, ob es nicht zweckmäßig sei, mit den links-  
stehenden Elementen in allen Ländern der Zweiten Internationale  
in Verhandlungen zu treten, um eine kompakte Gruppe zu bilden,  
die diese Internationale reorganisieren würde.

## Ein Soldatenmißhandlungsprozeß.

Berlin, 29. Dez. Vor dem Kommandanturgericht begann heute,  
wie die „B. Z.“ meldet, der Prozeß gegen den Oberleutnant a. D.  
Hiller vom 1. Infanterieregiment wegen Mißhandlung Untergebener  
während des Winterfeldzuges in den Karpathen. Er ist angeklagt,  
den Füsilier Helmke an einem Baum angebunden, ihn geohrfeigt  
und durch Fußtritte mißhandelt zu haben. Er habe ihn auch in ein  
feuchtes Erdloch stecken lassen. Helmke sei an den Folgen dieser  
Mißhandlungen gestorben. Weiter wird Hiller beschuldigt, den Frei-  
willigen Thomas bei großer Kälte gezwungen zu haben, sich nackt  
auszuziehen. Den Studenten Müller habe er auf Waage geschickt,  
obwohl er sich krank gemeldet hatte. Auch diese beiden seien an den  
Folgen gestorben. Es liegen noch 5 weitere Anklagen gegen Hiller  
vor. Bei seiner Vernehmung bekundete Hiller, daß er sich der Vor-  
fälle, die 4 Jahre zurückliegen, nicht mehr klar erinnere. Helmke  
sei nicht von ihm geohrfeigt worden. Wegen Veruntreuung habe  
Helmke einmal 3 Tage Arrest erhalten, die, wie es damals im  
Feld üblich war, durch Anbinden an einen Baum vollstreckt  
worden seien. Helmke habe den Bataillonskommandeur in dessen  
Gegenwart beschimpft und sei daraufhin als Untersuchungsgefan-  
gener in einen Unterstand, der allerdings aus einem Erdloch, das mit  
Tannenzweigen überdeckt gewesen sei, bestanden habe, gesperrt  
worden.

Berlin, 29. Dez. (Priv.-Tel.) In dem Prozeß gegen den  
Oberleutnant der Reserve Hiller bekundete der Angeklagte zu dem  
Fall Helmke noch, er habe, als Helmke als Untersuchungs-  
gefangener in einen Unterstand gesperrt worden sei, nicht absichtlich  
ein schlechtes Loch ausgesucht. Es sei nicht so kalt gewesen und  
meist sei das Anbinden mittags vollstreckt worden. Zwei Stunden  
anbinden könnten, sagte er, keine Gesundheitschädigung darstellen.  
Von einer Erkrankung Helmkes vor dessen Tode habe er nichts  
gewußt. Der kommissarisch vernommene frühere Regimentskomman-  
deur des Angeklagten, Oberst Graf von der Schulenburg, hatte  
zu Protokoll gegeben, daß er dem Angeklagten dienlich nur das  
beste Zeugnis ausstellen könne. Oberleutnant v. Sonntag, der  
frühere Adjutant des dritten Bataillons des Gardefüsilier-Regiments,  
sagte aus, Helmke sei wahrscheinlich an der Seuche gestorben, die  
damals so viele Opfer gefordert habe.

Berlin, 29. Dez. In dem Kriegsverfahren gegen den  
Oberleutnant d. Res. Hiller sagte zu dem Fall Helmke der Haupt-  
belastungszeuge, Wärbdiener Berlin, aus, er habe gesehen, wie Hiller  
dem an einen Baum gebundenen Helmke einen Schlag ins Gesicht  
versetzt habe. Er, Berlin, habe als Posten vor dem Erdloch, einem  
Abort, gestanden, in dem Helmke sich befand. Als Helmke,  
schon fast tot, um Trinkwasser gebeten habe, sei Berlin zu ihm hin-  
untergekrochen und habe ihm einen Schneeball an die Lippen ge-  
preßt. Am anderen Morgen habe der Angeklagte sich gedürrt:  
„Das Mistvieh verrotzt sich nur. Ist er nicht schon krepiert? Verrotzt  
ihm doch ein Trill!“ Tatsächlich habe der Angeklagte dem Ster-  
benden noch einen Fußtritt ins Gesicht versetzt. Die Frage eines  
bestehenden Kriegsvertrags an den Zeugen, warum er nicht sofort  
Meldung von diesem empörenden Vorfall gemacht habe, beantwortet  
der Zeuge mit erhobener Stimme: „Herr Rat, das hat damals nie-  
mand gewagt!“

Berlin, 30. Dez. Die Verhandlung vor dem Kommandantur-  
gericht Schöneberg gegen den Oberleutnant Hiller endete gestern  
Abend in den Hauptfällen mit der Freisprechung des Angeklagten.  
In zwei Fällen hat er sich schuldig gemacht und erhielt dafür eine  
Gesamtstrafe von sieben Wochen Festungshaft.

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 30. Dezember 1919.

### Amtsversammlung.

\* Gestern vormittag von 8 Uhr ab fand unter dem Vorsitz  
von Oberamtmann Gö s im großen Rathausaal die erste  
Amtsversammlung auf Grund der Neuwahl der Amtsversamm-  
lungsmittglieder statt. Stimmberechtigt waren die gewählten  
Mitglieder von Calw, Althalden, Althengstett, Bergorte,  
Deckenpfronn, Gehingen, Hirsau, Holzbrunn, Hornberg, Lieben-  
zell, Martinswos, Neubulach, Oberkollwangen, Rutenbach,  
Schmieß, Sonnenhardt, Stammheim, Teinach, Unterhaugstett,  
Unterreichenbach.

Zu Beginn der Verhandlungen wurde die Vereidigung der  
neu eintretenden Amtsversammungsmittglieder vorgenommen.  
Bei der Ergänzungswahl zum Bezirksrat wurden ge-  
wählt: Stadtschultheiß Gö sner-Calw, als Stellvertreter  
G. Dreiß; ferner Stadtschultheiß Maulen-Liebenzell und  
Schultheiß Krauser-Stammheim, als deren Stellvertreter  
Schultheiß Braun-Deckenpfronn und Schultheiß Wolf-  
Zwenberg. Der Vorsitzende machte im Anschluß an die  
Wahlen auf die neuen Wahlbestimmungen zum Bezirksrat  
aufmerksam. Danach werden die Mitglieder des Bezirksrats  
von sämtlichen Gemeinderäten des Bezirks mit Einschluß der  
Ortsvorsteher gewählt. In sämtlichen 42 Orten würden also  
zusammen etwa 460 stimmberechtigte Bezirksratswähler sein.  
Davon habe Calw nur 21 Stimmen, während es von der Kör-  
perschaftsumlage von 175 000 M im letzten Haushalt 59 000 M,  
also etwa 1 Drittel zu tragen hat, und von 29 000 Einwohnern  
etwa 6 000 umfaßt. In dieser Stimmenverteilung liege eine  
direkte Ungerechtigkeit des Gesetzes, und es sei zu hoffen, daß  
diese Bestimmungen, die ein direktes Monstrum darstellen, so-  
bald wie möglich von der Bildfläche verschwinden. Verwal-  
tungsaktuar Staudenmeyer erklärte zur Frage der Be-  
zirksratswahlen, der Verein der Körperschaftsbeamten habe  
vorgeschlagen, für die diesmalige Ergänzung die Ortsvorsteher  
der drei größten Gemeinden Calw, Liebenzell und Stammheim  
vorzuschlagen und auch die Waldorte zu berücksichtigen, die bei  
den Wahlen den Ausschlag geben. Für die kommenden Be-  
zirksratswahlen habe er mit dem landwirtschaftlichen  
Bezirksverein Verhandlungen gepflogen, um einen Vertreter  
des Handwerks, der Landwirtschaft, der Industrie und der  
Arbeiter sowie Vertreter des Waldes für die 5 neu zu  
wählenden Bezirksräte zu erhalten. Der landwirtschaftliche  
Bezirksverein sei aber auf diesen Vorschlag nicht eingegangen.  
Grundsätzlich wurde beschlossen, die Stellung des Schriftführers  
der Amtsversammlung dem jeweiligen Oberamtssekretär und  
die des Stellvertreters dem jeweiligen Oberamtsassistenten zu  
übertragen. — Die infolge Rücktritts der bisherigen Inhaber  
frei gewordenen Verwaltungsaktuargeschäfte in den Gemeinden  
Mötkingen und Neuhengstett, die bisher nebenamtlich  
besorgt wurden, wurden Herrn Verwaltungsaktuar Stau-  
denmeyer, mit dessen Bezirk sie geographisch zusam-  
menhängen, übertragen, namentlich auch im Hinblick da-  
rauf, daß aus seinem Bezirk Altburg wegen Anstellung eines  
Fachmanns herausgefallen ist, und die Gemeinde Hirsau  
wohl auch bald ausfallen dürfte, da der jetzige Schultheiß  
wegen Kränklichkeit in absehbarer Zeit vom Amt zurücktreten  
dürfte, so daß Hirsau entsprechend seiner Größe ebenfalls einen  
Fachmann erhalten wird. Verw.-Aktuar Staudenmeyer  
wies noch darauf hin, daß die von ihm beantragte Zusamen-  
legung der beiden Orte mit seinem Bezirk im finanziellen In-  
teresse der Gemeinden seines Verwaltungsbezirks liege. Die  
Verwaltungsaktuariatsgeschäfte von dem etwas abseits liegen-  
den Dachtel wurden dem Schultheiß Braun von Decken-  
pfronn, der sie schon bisher stellvertretungsweise besorgt hat,  
durch Wahl übertragen. — Die Steuerungszulagen für die  
amtskörperschaftlichen Verwaltungsaktuar von 1917 bis 1919  
wurden nachträglich genehmigt. — Den durch Einföhrung des  
Satzungsänderungen wurde genehmigt. Der Schenkverkehr hat  
sich bei der Oberamtsparafise gut entwickelt; der Umsatz bei  
der Girokasse betrug nach den Mitteilungen des Oberamts-  
spartassistenten P o m m e r t im Jahre 1918 14 Millionen M,  
im laufenden Jahr wird er auf 20 Millionen M steigen, wo-

nen wählen ihr  
richtige. Die An  
tragung in die  
er oder der von  
aufnahme der nach  
tionen, sowie der  
erfolgt auf  
In den Anmel  
mit der Stim  
besonderen Be  
tischliche n  
r:  
nsjahr vollendet  
im Genuß der  
erhalb Württem  
n oder fortwirk  
stehen. Freier  
eshalb Familien  
riebsinhaber und  
um. beschäftigte  
chäftigung freier  
ein aufgenommen  
einen bestimmten  
uchs oder son  
der reichsgesetz  
nversicherungsg  
sich anmeldenden  
Anlagen über ihre  
is zuweisen.  
Oberamt:  
Gö.s.  
0. Dezember 1919.  
nter dem Vorst  
isjahr die erste  
r Amtsveramm  
n die gewählten  
gkeit, Bergorte,  
nberg, Lieben  
gen, Röttenbach,  
Unterhaugstett,  
Vereidigung der  
vorgenommen.  
at wurden ges  
Stellvertreter  
-Liebenzell und  
Stellvertreter  
ultheiß Wolf  
nischluß an die  
zum Bezirksrat  
des Bezirksrats  
it Einschluß der  
en würden also  
enwähler sein.  
es von der Kör  
schaft 59 000 M,  
000 Einwohnern  
lung liege eine  
i zu hoffen, daß  
m darstellen, so  
nden. Verwal  
Frage der Bes  
beamteten habe  
ie Ortsvorsteher  
und Stammheim  
ichtigen, die bei  
kommenden Bed  
wirtschaftlichen  
einen Vertreter  
ustrie und der  
ir die 5 neu zu  
ndwirtschaftliche  
cht eingegangen.  
s Schriftführers  
nitssekretär und  
nitsassistenten zu  
herigen Inhaber  
den Gemeinden  
isher, nebenamt  
saktuar St a u  
raphisch zusam  
n Hinblick da  
Anstellung eines  
einde Hirsau  
erige Schultheiß  
Amt zurücktreten  
ebenfalls einen  
a u d e n m e r  
agte Zusammen  
finanziellen In  
irts liege. Die  
s absichts liegen  
n von Defens  
eife besorgt hat,  
ulagen für die  
1917 bis 1919  
Einführung des  
big gewordenen  
Scheitverkehr hat  
der Umsatz bet  
des Oberamts  
4 Millionen M,  
M feigen, wo

von 6 Millionen (3 Millionen Einnahmen, 3 Millionen Ausgaben) für die Oberamtsparasse abgehen. Der Oberamtsparassier erklärte die in der letzten Amtsversammlung gemachten Einwände, daß die Einrichtung unrentabel und zu umständlich sei, als unrichtig. Entsprechend dem Umsatz steigt auch der Gewinn. Die Girokasse bezahle für die Einlagen 3 Prozent, die Zentralkasse vergütet 3 1/2 Prozent, so daß der Kasse noch 1/2 Prozent Gewinn bleibe. Wenn darüber Klage geführt worden sei, daß zu kleine Beträge überwiesen würden, was eine Geschäftshäufung veranlasse, so sollten eben die betreffenden Kassen sich auch der Girokasse anschließen. Der Vorsitzende regte von sich aus an, alle öffentlichen Kassen an die Girokasse der Oberamtsparasse anzuschließen, und auch die größeren Geschäfte sollten sich anschließen, und von dieser praktischen Einrichtung Gebrauch machen. Die Zahl der Giroteilnehmer der Sparassen im Lande sei jetzt schon (seit 1918) auf gegen 20 000 gestiegen. Wie Verw. Aktuar Staudenmeyer mitteilte, habe der Bezirksbeamtenverein an die Gemeindepflege des Bezirks erläuternde Schriften in dieser Angelegenheit ergehen lassen. — Durch das Gesetz gegen die Kapitalflucht ist die Aufbewahrung von fremden Wertpapieren bei der Oberamtsparasse notwendig geworden. Es sind jetzt schon über 1 Million Wertpapiere hinterlegt. Die Gebühren für die Hinterlegung sollen noch festgesetzt werden. Vorgelegt wurden 80 M für 1000 M, für größere Beträge höhere Gebühren. Stadtschultheiß Müller bemerkte, daß die genossenschaftlichen Banken 25 M pro 1000 M bezahle. Die Hauptfrage sei, daß die Zinsseine auch regelmäßig abgegriffen werden, und nicht das ganze Jahr über liegen bleiben. — Die Stelle des Rechnungssachverständigen, der die Rechnungen der Oberamtsparasse zu prüfen hat, mußte wegen der Wahl des Oberamtssekretärs Unger zum Gegenrechner der Oberamtsparasse neu besetzt werden. Die Stelle wurde Schultheiß Maulbeisch übertragen. — In längerer Erörterung nahm die Amtsversammlung dann Stellung zu der schon in der letzten Amtsversammlung zur Behandlung stehenden Frage der Trennung der Stelle des Oberamtsstraßenmeisters von der des Oberamtsbaumeisters. Im letzten Bezirksratsbericht haben wir ja ausführlich die außerordentlich umfangreiche Arbeit gekennzeichnet, die auf den Schultern des derzeitigen Oberamtsbaumeisters liegt, und auch diesmal nahm der Vorsitzende die Gelegenheit wahr, darauf hinzuweisen, daß die dauernde Überlastung dieses Postens früher oder später eine Gesundheitschädigung des Inhabers zur Folge haben müßte. Der Oberamtsstraßenmeister habe etwa 132 Kilometer Straßen zu beaufsichtigen, dazu Gruben, Kohlen, die Beschotterung, Beaufsichtigung von 26 Straßenwärtlern, die Visitation von Gemeindefraktionen, weiterhin 72 Wassertriebwerke. Auch könnte man dem Oberamtsstraßenmeister noch andere Funktionen, die jetzt dem Oberamtsbaumeister obliegen, übertragen, um diesen zu entlasten. Der Bezirksverein ansässiger Privattechniker hat wie seinerzeit an den Calwer Gemeinderat, so auch an die Amtsversammlung ein Gesuch gerichtet, man möge dem Oberamtsbaumeister jede private Tätigkeit, auch in bezug auf Gemeindefraktionen verbieten, da die hiesigen Techniker ebenfalls Existenzanspruch haben. In der Versammlung kam allgemein zum Ausdruck, daß der Oberamtsbaumeister natürlich das Recht haben müsse, die Gemeinden bei ihren Bauten zu beraten, und ihnen etwa mit Plänen und Vorschlägen an die Hand zu gehen; daß er aber natürlich keine Bauausführung übernehmen dürfe. Stadtschultheiß Göhner regte an, ob man nicht zur Verbilligung der Steingewinnung zur Straßenbeschotterung ein Lastauto anschaffen wolle, das man von der Heeresverwaltung verhältnismäßig billig erhalten könnte, und das auch an Gemeinden und Private verleben werden könne. Die Schwierigkeiten bei der Beschaffung des Betriebsmaterials wurden aber allerseits als hindernd hervorgehoben. Es wurde schließlich beschlossen, die Stelle eines Oberamtsstraßenmeisters auf 1. April 1920 zu besetzen. Zur allgemeinen Frage der Behandlung der Körperschaftsstrassen bemerkte Stadtschultheiß Müller, es sollte im Bezirk in dieser Frage mehr zusammengehörigkeitsgefühl herrschen. Im Bezirk Neuenbürg unterziehe die Unterhaltung aller Bezirksstraßen der Amtskörperschaft. Der Vorsitzende wies noch darauf hin, wie vorteilhaft es sei, wenn die Straßen sehr gewalzt würden, weil sie dann leichter unterhalten werden könnten. Die Uebernahme sämtlicher Kosten für die Unterhaltung der Straßen sei von der Zustimmung von 2 Dritteln der Mitglieder der Amtsversammlung abhängig. Diese Frage sei aber noch nicht spruchreif, umso mehr als die Zusammenlegungsfrage wieder in den Vordergrund zu treten scheine. Man habe anlässlich der Einrichtung von Jugendfürsorgeämtern die Zusammenlegung von Calw und Neuenbürg in Vorschlag gebracht. Das könne aber die Duvertüre zu der endgültigen Zusammenlegung der beiden Oberämter sein. Andererseits solle dann Nagold u. Freudenstadt zusammenfallen. Anlässlich der Besprechungen bezüglich der Jugendämter habe er seiner Auffassung dahin Ausdruck gegeben, daß Calw und Nagold doch besser zusammenpassen würden als Calw und Neuenbürg. Schließlich wurde der Bezirksrat ermächtigt, in der Frage der Unterhaltung der Körperschaftsstrassen die nötigen Vorarbeiten anzustellen. — Genehmigt wurde das Gesuch der Stadtgemeinde Calw um Erhöhung des Amtskörperschaftsbeitrags für die Kosten des Realprogymnasiums, nachdem der Vorsitzende darauf hingewiesen hatte, daß Schulbildung nach dem verlorenen Krieg heute mehr als je nötig sei. Oberpräzeptor Bäuche bemerkte, daß 1912 im Realprogymnasium 130 Schüler gewesen seien, heute 270 bis 280. Seit die Realschule ausgebaut worden sei, habe der Andrang besonders zugenommen. Zur Zeit besuche ungefähr 100 Schüler von Landorten die Schule. Man habe wegen der Zunahme der Schülerzahl weitere Schullokalitäten benötigt, was einen ganz bedeutenden Aufwand verursacht habe. Auch die Schülerzahl der Gewerbeschule nehme stetig zu. Heuer seien es 200 Schüler, nächstes Jahr mindestens 250. Der Andrang vom Lande sei sehr groß; es hätten schon Schüler zurückgewiesen werden müssen, weil keine Unterbringungsmöglichkeiten da seien. Von Seiten der Landvertreter wurde die Calwer Schule allgemein gelobt, und die Beitragserhöhung von 1500 auf 2500 M mäßig befunden. (Schluß folgt.)

**Nachträgliches zum Hochwasser.**  
Wir erhalten folgende Zuschriften zu den Hochwasserschäden:  
Die verheerenden Wirkungen des öfters und immer wiederkehrenden Hochwassers dürfte doch manchem zu denken geben, ob nicht eine dauernde, nach menschlicher Berechnung und Ueberlegung mögliche Hilfe geschaffen werden kann. Das nahe gelegene Forstheim, das nach den Berichten durch die außerordentlich leistungsfähigen Maßnahmen im Innern der Stadt von Verheerungen verschont geblieben ist, weist darauf hin, daß es auch für Calw möglich werden wird, Abhilfe zu schaffen.  
Es ist schon längere Zeit der Gedanke eines mit Wasserbau-Verhältnissen bekannten Herrn, das Nagoldbett vom Elektrizitätswerk bis Gultenthaus tiefer zu legen und den vielen Einlaufdohlen bei steigendem Wasser freien Abfluß zu verschaffen; das hiedurch an der Nagold zu gewinnende größere Gefälle könnte ausgenutzt und an Stelle der seitherigen Wasserkräfte verwertet werden.  
Das Projekt bedarf noch der näheren Klärung, aber die Frage der Wirtschaftlichkeit darf hierbei keine so große Rolle spielen, wenn hiedurch die vielen und häufigen Schäden des Hochwassers auf ein Mindestmaß herabgedrückt werden.  
Vom Straßen- und Wasserbauamt Calw wird uns geschrieben: In einer Zuschrift Ihrer Samstagnummer wird dem Straßen- und Wasserbauamt ein Tadel wegen ungenügender Vorkehrung für etwaige Hochwasser an der Nagold ausgesprochen. Der Einsender verkennt die Verhältnisse vollständig, das Straßen- und Wasserbauamt ist ausschließlich Flußbaubehörde, irgend welche polizeilichen Maßnahmen stehen ihm nicht zu. Im vorliegenden Fall konnte es daher flusspolizeiliche Anordnungen nicht treffen, vielmehr ist das Sache der ordentlichen Flussbaupolizeibehörde.  
Mögen einem Nagoldanlieger einige Worte zum letzten Hochwasser gestattet sein: Das Hochwasser von Weihnachten 1919 war

immer noch wesentlich niedriger als dasjenige von 1881. Wenn der Abstand nicht so sehr in die Augen fällt, so ist der Grund der, daß die Sohle der Nagold sich seit 1881 wesentlich gehoben hat. Schuld daran sind wir alle, hauptsächlich die Behörden, staatliche und städtische ohne Ausnahme. Es braucht eines derartigen Ereignisses, um uns wieder aufzurütteln und uns die uns drohenden Gefahren wieder einmal vor Augen zu führen. Es wurde ganz stillschweigend gebudelt, daß die Anlieger der Bahnhofstraße und der Bischofsstraße den Raum hinter ihren Häusern nach Belieben in die Nagold hinausrückten und daß alles in die Nagold geworfen wurde, was man los sein wollte. Durch das mehrfache Nachziehen der Hochwasser bei Hochwassern ist die Nagold in der Gegend der Mittleren Brücke außerordentlich verschludt und haben sich dort meterhohe Sandbänke gebildet, wo in meiner Jugend noch kein Grund beim Baden gefunden wurde. Weil die großen Hochwasser so weit hinter uns liegen, glaube man, so etwas könne sich nicht wiederholen und baute die Stadt ihre Schulbarade mitten in das Hochwassergebiet hinein. Daß die Badwiese nicht schon längst verkauft und aufgefüllt worden ist, muß als reiner Zufall betrachtet werden.  
Die Nagold hat uns jetzt nur ein kleines Vorspiel gegeben von dem, was uns bevorsteht, wenn wir ein Hochwasser mit Eisgang wie 1881 wieder erleben. Sollte sich dieses Naturereignis wiederholen, dann kommt nicht nur der Holberplatz von Man u. Stoll, sondern ein großer Teil der Fabrikgebäude die Nagold herab. Damals lagen noch im Mai die meterhohen Eiszemmel auf den Wiesen bei der Krakenfabrik. Ist dann die Badwiese aufgefüllt oder überbaut, so wird die Stromrichtung direkt auf das Elektrizitätswerk gelenkt und die Eiszemmel kaskadieren daselbst mit seinen wertvollen Maschinen derart, daß wir Monate brauchen, bis wir wieder eigenes elektrisches Licht haben. Dann wird die Kalamität nicht bloß den Flußanliegern, sondern allen Mitbürgern bewußt. Die Mittlere Brücke ist ohnedies nicht mehr so fest wie es scheint. Ein großes Hochwasser mit Stauung an den Brückenlöchern wird der Stadt riesige Kosten und uns allen sehr unangenehme Verheerungen verursachen. Dann steigt das Wasser im Bischof und der unteren Stadt nicht bloß bis zur Dede des Erdgeschosses, sondern kommt bis in den zweiten Stock. Von der Schulbarade wird es dann heißen: „Des Himmels Wolken schauen hoch hinein.“  
Dies ist das Bild, das sich nach einem Hochwasser mit Komplikationen wie 1881 bieten wird. Es ist nicht zu schwarz gezeichnet. Mögen die Behörden ihre Schuldigkeit tun. Zunächst möge die Straßen- und Wasserbehörde mit ihrem Stab anrücken und die Flußanlieger in ihre Grenzen zurückweisen. Die städtischen Behörden mögen die Verschließung des Flußbettes nach Möglichkeit verhindern, wo es angezeigt ist, daselbst ausräumen lassen. Vor allen Dingen mögen sie jeder Verbauung oder Verengerung des Hochwassergebietes rücksichtslos ihre Zustimmung verweigern und selbst dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Die Anlieger mögen sich jeder Verunreinigung des Flusses enthalten. Wenn dies alles geschieht, so hat jeder Beteiligte wenigstens seine Pflicht getan und trifft niemand ein Vorwurf. Unser neuer Gemeinderat hat hier ein schönes Feld zur Betätigung. Möge vorstehende Warnung ihn veranlassen, der wichtigen Sache ihre Aufmerksamkeit zu schenken und in weiser Voraussicht die einschlägigen Fragen zu entscheiden.  
Civis.  
G. H. Künzelsau, 29. Dez. Der Kocher überschwemmte am Hl. Abend auch hier das ganze Tal, so daß die Keller der unteren Stadt zum großen Teil unter Wasser standen. Dem Bahnbau Künzelsau-Forschenberg wurde das Hochwasser verhängnisvoll. Die Bahnbauwerke wurden hinweggerissen und für etwa 40 000 M Bretter und Baumstämme weggeschwemmt. Das Elektrizitätswerk wurde durch Ueberwasser stillgelegt. Das Amtsblatt, der Kocher- und Jagtboote, mußte seine Presse durch Handbetrieb in Schwung sehen. Am Hl. Abend brannte nur der Christbaum in den Häusern. Seit den letzten Tagen des Jahres 1882 hatte der Kocher keinen so hohen Stand mehr erreicht.  
Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Seltmann, Calw. Druck und Verlag der A. Böhmlinger'schen Buchdruckerei, Calw.

**Amtsgericht Calw.**  
Im Handelsregister wurde heute bei der Einzelsirma Geschw. Speidel, Central-Dampf-Waschanstalt in Unterreichenbach-Porzheim eingetragen: Die Firma ist erloschen.  
Den 24. Dezember 1919. Amtsrichter Böttcher.

**Allgemeine Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Calw.**  
Unsere Schalter sind ab 1. Januar 1920 wie folgt geöffnet:  
Montag bis Donnerstag: von 8 bis 12 und 2 bis 6 Uhr;  
Freitag (Kassentag): von 8 bis 1 und 2 bis 6 Uhr;  
Samstag: von 8 bis 12 Uhr.  
Die Auszahlung von Kranken- und Wochengeldern findet jeweils am Kassentag, und zwar erstmals am Freitag den 2. Januar 1920 statt.  
Auf Wunsch erfolgt die Ueberweisung der oben bezeichneten Barleistungen durch die Post auf Kosten des Empfängers.  
Calw, den 29. Dezember 1919.  
Kassenverwaltung: Prof.

**Bezirksfürsorgestelle der Kriegsbeschädigten u. Kriegshinterbliebenen-Fürsorge.**  
Sprechstunden nur Dienstag, Donnerstag und Samstag je vormittags 8—11 Uhr.  
Der Leiter: Rechtsanwalt Rheinwald.

**Liebelsberg. Wegperre.**  
Infolge Beschädigung durch das Hochwasser ist die große Tourbrücke bei der Pumpstation bis auf Weiteres für jeden Verkehr gesperrt.  
Schultheißenamt.  
Neuhengstett, 30. Dezember 1919.  
**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir beim Hinscheiden unserer lieben Mutter, Großmutter, Schwiegermutter und Schwester **Maria Barbara Wyasse, geb. Walz,** erfahren durften für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrer Wagner und für den erhebenden Gesang des Herrn Hauptlehrer Kim mit seinen Schülern für die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte sagen herzlichsten Dank  
die trauernde Hinterbliebenen.

**An unsere Bezieher in Hirsau!**  
Da wir am dortigen Platze keine geeignete Person zum Austragen unserer Zeitung gefunden haben, erfolgt ab 1. Januar die Zustellung unseres Blattes in Hirsau durch die Post. — Wir werden dafür Sorge tragen, daß die Leser das Blatt jeweils am Tage der Ausgabe zugestellt erhalten.  
**Verlag des Calwer Tagblattes.**  
**Sofort lieferbar:**  
**Grobhötter, Straßenhötter, Betonmaterial, Kalksand, Wert- und Vorlage-Steine**  
Theodor Straub, Muschelkalksteinbruch, Schötterwerk, Enzberg Würtbg.

**Calw.**  
Auf **Mittwoch, den 31. ds. Mts.,**  
abends 7 Uhr, laden wir  
**fämliche im Jahre 1889 Geborenen**  
zu unserer  
**30er Feier**  
in das **Gasthaus Siebenrath** freundlichst ein.  
Mehrere Dreißiger.

**Liebelsberg.**  
Am 1. Januar 1920 findet  
im **Gasthaus zum „Hirsch“**  
**Tanz=**  
**Unterhaltung**  
statt, wozu höflich eingeladen wird  
**Hans Seid.**

**Neuhengstett.**  
Am Neujahrstag findet  
im **Gasthaus zum „Hirsch“**  
**Tanz=**  
**Unterhaltung**  
statt, bei gutbefestigter Blechmusik, wozu freundlichst einladet  
der Besitzer: **E. Stanger.**

**Privat-Tanzstunde.**  
Zu dem **anfangs Januar** beginnenden  
geschlossenen  
**Anfänger-Tanzkurs**  
für **Damen und Herren** nimmt  
gest. **Anmeldungen** entgegen  
**Tanzlehrer Giacomino**  
**Leberstraße 176.**

**Zigarren**  
aus den feinsten Tabaken hergestellt in der Preislage von 0.60—1.50 Mk.  
**sowie Zigaretten und Rautaback**  
aus garantiert reinem  
Tabak empfiehlt  
**Ott, Salzgasse.**

**Zum alsbaldigen Eintritt werden**  
**Arbeiter** auf goldene und silberne Zig.-Dosen  
und Etuis,  
**Arbeiter** auf Kleinsilberwaren,  
**Arbeiter** auf goldene und silberne Bleistifte,  
**in dauernde Stellung gesucht.**  
**Luis Ruppenheim, Pforzheim.**

**Hohes, sicheres Einkommen**  
kann sich ein Kaufmann, Mechaniker oder Schlosser, der über  
12—15000 Mk. verfügt und mit der Landkundschaft umzugehen ver-  
steht, durch Uebernahme der Vertretung von erstklassigen landwirt-  
schaftlichen Maschinen, die im Bezirk bereits gut eingeführt und  
bekannt sind, unbedingt sichern.  
Angebote unter **S. W. 1902** an **Rudolf Woffe, Stuttgart.**

**Schreibhilfe** (Herr oder Dame) stunden-  
weise für Anfang Jan. gesucht.  
Geboten wird: Angenehme Stellung bei hohem Verdienst.  
Verlangt wird: Hohe Allgemeinbildung, gewandt in Steno-  
graphie und Korrespondenz, gute Handschrift.  
Angebote unter **D. R. 50** an die Geschäftsstelle des Blattes.

**Heirat.**  
  
**Junger Mann**  
31 Jahre alt, led. ev. mit barem  
Vermögen, sämtl. Möbel für die  
Haushaltung, Tagesverdienst  
24—27 Mark wünscht mit einem  
**alleinstehend. Mädchen**  
oder **Witwe v. Lande,**  
entsprechenden Alters  
**in Verbindung zu treten.**  
1 Kind nicht ausgeschlossen.  
Gest. Angebote möglichst mit  
Bild unter **M. N.** an die Ge-  
schäftsstelle des Blattes.

**Ein noch guterhalt., gebrauchter**  
**Kinderwagen**  
wird zu kaufen gesucht.  
Zu erfragen in der Geschäfts-  
stelle des Blattes.

**Bekanntmachung.**  
Die unterzeichneten Fuhrleute haben in der am 21. Dezem-  
ber in Neubulach abgehaltenen Versammlung folgende

**Fuhrlöhne**  
ab 1. Januar 1920 festgesetzt:  
**Zum Bahnhof Teinach** wird  
für Neubulach, Altbulach, Liebelsberg 1.— M pro Ztr.  
für Oberhaugstett bis 1.30 M „ „  
**vom Bahnhof Teinach** wird  
für erstere drei Orte 1.20 M pro Ztr.  
für Oberhaugstett bis 1.50 M „ „  
**nach Calw**  
für alle vier Orte 1.50 M pro Ztr.  
**von Calw**  
für alle vier Orte 2.— M pro Ztr.  
berechnet.  
Beim Ein- und Ausladen von Wagenladungen auf den  
Bahnhöfen wird für das Mitheisen pro Mann 2 M Stunden-  
lohn festgesetzt. An

**Stundenlohn**  
wird für ein Fuhrwerk in Anrechnung gebracht:  
für Zweispanner, leichte Pferde 8.— M  
„ Zweispanner, schwere Pferde 10.— M  
„ Einspanner 6.— M  
„ Vorspann je die Hälfte.  
Weiter wird bestimmt: Künftighin wird kein Festmeter  
Langholz zur Sägmühle oder Bahnhof oder sonstigen Lager-  
plätzen geführt unter  
**12 Mk. Fuhrlohn**  
Je nach Lage, Entfernung und Holzart entsprechend mehr.  
Das Holzleiten ist extra zu bezahlen.  
Diese Preisätze sind bis auf weiteres einzuhalten.

**Neubulach, den 21. Dezember 1919.**  
Schabbe. Schwenter. Fr. Maier. K. Maier. G. Maier.  
Huisel. Schill. Hermann. Seeger. Koller. Stepper. Burk-  
hardt. Volz. Maier. Braun. Koch. Walz. Claus. Koller.  
Hanselmann. Keppler. H. Hanselmann. Schrotz. Braun.  
Schabbe. Kentschler. Schwämme. Holzäpfel. Keutter. Gaiser.  
Kentschler. M. Kentschler. K. Kentschler. Dürr. Münch.  
Raibach. Waidelich. Keutlinger. Holzäpfel.

Die Verlobung ihrer Kinder  
**Berta und Ulrich** beehren sich  
anzuzeigen  
† **August Glock, Werkführer, mit**  
**Gattin **Marta, geb. Frank,****  
† **Regierungsbaurat **Dr. Schwab mit****  
**Gattin † **Mina, geb. Finkbeiner.****

Wir grüßen als Verlobte  
**Berta Glock**  
**Ulrich Schwab, Dr. med.**  
Calw Freudenstadt  
Sylbester 1919.

**Pauline Stehlin**  
**Rudolf Stotz**  
Verlobte  
Dezember 1919  
Basel Hirsau

Am 31. Dezember sind unsere  
**Kassen**  
von 1 Uhr ab geschlossen.  
**Spar- u. Vorschubbank Calw.**  
**Creditbank für**  
**Landwirtschaft und Gewerbe.**

**Möblierte Zimmer**  
gesucht  
**Neue Handelsschule.**

**Musikinstrumente**  
kauft man am besten direkt aus der Werkstatt  
**K. F. Ketterer,**  
Instrumentenbauer und Meisterspieler der  
Saiteninstrumente. **Pforzheim,**  
Altstadt, nur Oestliche 56.  
Umtausch und Ankauf alter Musik-  
waren, auch Grammophone werden  
gegen Geigen, Zithern u. s. w.  
eingetauscht.

**Möbliertes Zimmer**  
zu mieten gesucht.  
Gest. Angebote unter **S. P.** an die Geschäftsstelle des Blattes.

**Alte Gebisse**  
werden zu höchsten Preisen nach  
auswärts von Dame zu kaufen  
gesucht. Kommt jede Woche  
nach dort. Gest. Adressenabgabe  
behufs Abholung an die Ge-  
schäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Ein möbliertes**  
**Zimmer**  
wird zu mieten gesucht.  
Angebote erbeten unter **F. 100.**

**Einfamilienwohnhaus**  
an der Bahnlinie Calw-Leonberg  
mit kleinem Geschäft, gleich welcher  
Art, zu kaufen gesucht.  
Angebote unter **R. W. 100**  
an die Geschäftsstelle des Blattes.

**Für Sylbester**  
Sekt, 1/2 Fl. (Söhnlein)  
Ananas Erdbeeren  
Stangenzimmet  
Citronen  
Orangen  
Weißwein  
Prima  
Apfelwein, süß  
Liköre:  
Bergamotte  
Pfefferminz  
Kümmel  
Kirschwasser, echt  
Zweischgenwasser  
Salz-Heringe  
**Pfannkuch & Co.**  
Telefon 45.

Stets frisch, selbst-  
gebrannt  
**Raffee**  
empfiehlt  
**H. Häußler, Kondi-  
torei, Bahnhofstraße.**

**Dienstmädchen**  
per sofort oder später gesucht.  
**Schroeder, Fabrikbesitzer,**  
**Hirsau.**

Ein ehrliches fleißiges  
**Mädchen**  
für Küche wird auf 15. Februar  
gesucht. Demselben ist gute Ge-  
legenheit geboten, sich im Kochen  
weiter auszubilden.  
**Frau Weik, untere Mühle,**  
**Wiltberg.**

**Lesen!**  
Füchse 380 Mk. u. mehr  
Marber " " "  
Ragen 20 " "  
Ranin 4 " "  
Feldhasen 10 Mk.  
Maulwurf reinleder 5 Mk.  
Eichhorn 2 Mk.

Obige Preise bezahlte fest für  
autbehandelte Winterfelle. Alle  
anderen Felle auch gestiegerte  
Preise.  
**E. Maifchofer,**  
moderne Tierausstopfer  
Pforzheim, Lindenstraße 52.  
Telephon 1501.

**Weiss,**  
**Englands**  
**Politik**  
**u. Entwicklung.**  
Gehftet Mk. 1.60, gebun-  
den, Mk. 2.40, erhältlich in  
den hiesigen Buchhandlgn.

Sehe einen 3-jährigen  
  
**Stier**  
von **Leinach** aus.  
**H. Maier, Simmozheim.**

Ein jähriges  
  
**Kind**  
unter zwei  
die Wahl,  
sowie reine  
**Milchschweine**  
gute Fresser, sehr dem Verkauf aus  
**Martin Schwämme,**  
**Rötendach.**

Rein-  
wollene  
amerik.  
**Armeedecken**  
m. einzeln. Feststellen, geeignet f.  
bessere, solide Herren-, Damen-  
und Kinderkleidung, Größe ca.  
180/220, prachtvoll in schwarz,  
braun, blau, grün usw. gefärbt.  
Preis 135.— franko Nachnahme.  
Günstige Gelegenheit für Schneider  
und Schneiderinnen. **Färberz  
Tiele, Köln, Bayardstraße 2.**